

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

223 (25.9.1929)

Beilage zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Der Besuch des Reichsrates in Baden Die Reden in Konstanz

Im Anschluß an unsere Berichte über den Besuch des Reichsrates in Baden bringen wir die dabei gehaltenen Reden noch ausführlicher, zunächst die in Konstanz gehaltenen Ansprachen:

Ansprache des badischen Staatspräsidenten beim Frühstück im Inselfotel

Namens der badischen Staatsregierung und namens des badischen Volkes heiße ich Sie alle im Lande Baden herzlich willkommen. Ich grüße die Herren des Reichsrates und alle anderen Herren der Reichsregierung und der Länderregierungen, welche gemeinsam mit dem Reichsrat das Land Baden besuchen. Ich kann die erfreuliche Mitteilung machen, daß heute morgen noch die schriftliche Mitteilung eingegangen ist, daß drei Reichsminister sich abwechselnd an der Reise beteiligen werden, und zwar die Herren Minister Dietrich, Dr. Wirth und Severing. Wir haben uns außerordentlich gefreut, und die Freude war um so größer, je weniger man daran geglaubt hat, daß dieser Wunsch erfüllt würde.

Ich grüße Sie hier an der ältesten Kulturstätte Süddeutschlands, in Konstanz, das im 3. Jahrhundert gegründet und im 6. Jahrhundert das größte Bistum der Welt gewesen ist. Ich grüße Sie in der Stadt, dessen Münster im 11. Jahrhundert gebaut wurde, ich grüße Sie in der Stadt, in welcher 1415 Kaiser Sigismund während des Konstanzer Konzils den Burggrafen von Nürnberg mit der Mark Brandenburg belehnte. Ich grüße Sie in dem Tal, in dem die Träger der ältesten deutschen Kultur waren. Über den Gotthard her kam die Kultur zu der Insel Reichenau. Dort wurde die älteste Kirche Deutschlands im 9. Jahrhundert gegründet, und die dort befindlichen kirchlichen Malereien geben bis in das 10. Jahrhundert zurück. Hier ist Boden ältester deutscher Kultur. Ich grüße Sie in dem Tal, auf dessen Boden der Hohentwiel steht, jener Berg, auf dem alemannische Herzöge im 9. und 10. Jahrhundert regiert haben, wo die Herzogin Hadwig regierte, die Schaffel besungen hat, der Berg, auf dem einst die Hohenstaufen regiert haben, jenes Geschlecht, dessen Name die Erinnerung an die schönste, herrlichste Zeit des Deutschen Reiches wieder wachruft.

Ich grüße Sie auch an der Stelle des Deutschen Reiches, wo sich drei Völker die Hände reichen, die Schweiz, Österreich und Deutschland, und ich darf auch in Ihrem Einberufen einen Gruß an die Völker der Schweiz und Österreichs entsenden. Wir drei haben als gemeinsames Gut die alemannische Sprache, eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Sitten. Am Bodensee reichen sich diese drei Völker die Hand, um die Ufer des Bodensees zu beharren vor Überflutung, und um seine Wasser auszunutzen zur Kraftgewinnung am Oberrhein. Ich grüße Sie in diesem Hause, in welchem vor fast hundert Jahren Graf Zeppelin geboren wurde, ich grüße Sie am Bodensee, von wo das Luftschiff „Graf Zeppelin“ seine große Weltreise angetreten und so ruhmreich vollendet hat, ich grüße Sie an der Stätte, wo ein neues Werk deutscher Technik der Dornier X, entstanden ist. Ich grüße Sie weiter hier an der Stelle, wo der deutsche Rhein zum ersten Male als deutscher Rhein aus dem Bodensee tritt, der deutsche Rhein, mit dem das deutsche Schicksal auf Gebeiß und Verberb verbunden ist, der deutsche Rhein, dessen Befreiung von fremder Besatzung wir sehnlichst wünschen und die nun endlich in die Nähe gerückt ist.

Die Aufgabe, die sich der Reichsrat gestellt hat, und die wir ihm gestellt haben, ist außerordentlich groß und wird Tage schwerster Arbeit bringen. Ich möchte nur wünschen, daß Sie neben den Anstrengungen auch angenehme Tage erleben, die Naturschönheiten kennen lernen. Wenn es möglich gewesen wäre, die Fahrt im Juli zu machen, hätten wir Sie noch weiter hineinführen können in die Naturschönheiten unseres Landes. Arbeits-, aber auch erfolgreiche Tage werden es für Sie sein, da Sie Ihre Informationen unmittelbar an den Ortlichkeiten und aus dem Munde derjenigen erfahren werden, welche die Notlage Badens schildern. Ich habe die Hoffnung, daß die Reise einen guten Verlauf nimmt, und fordere Sie auf, Ihr Glas zu erheben und auf das Wohl der Gäste Badens zu trinken.

Eggenzell Bodon

Dr. h. c. a. o. Gesandter und bevollm. Minister,
Wickl. Geh.-Rat, Vertreter Braunschweigs

Herr Staatspräsident, meine Herren Minister, meine sehr verehrten Herren!

Die liebenswürdigen Begrüßungsworte, die Sie, Herr Staatspräsident, soeben an uns zu richten die Güte hatten, der ehrende Willkomm, der aus Ihren Worten sprach, gereichen dem Reichsrat zur aufrichtigsten Freude. Dieser, seiner Freude, zugleich seinen gezeigten lebhaften Dank für die Begrüßung Ausdruck zu geben, ist mir ein besonders ehrenvoller Auftrag — ein Auftrag, den ich aber damit nicht als erschöpft betrachten möchte. Mit Freuden vielmehr ergreife ich diese erste und noch dazu so schöne Gelegenheit, um darüber hinaus der Dolmetscher der Gefühle zu sein, die den Reichsrat in dieser Stunde bewegen.

Wir sind, Herr Staatspräsident, hoch erfreut, daß nun die Tage angebrochen sind, die uns in das badener Land führen und damit ein Reiseversprechen einlösen lassen, das uns schon seit längerem, wie ich verhoffe, zu sein bitte, ganz besonders

am Herzen lag. Wohl gilt auch hier, daß, was uns wertvoll dünkt, erst erstritten sein muß, wohl ist es richtig, daß über der Ausführung dieses Reiseplanes sich zeitweise Wolken zusammenzogen — eine begriffliche Folge der schwierigen Verhältnisse, mit denen wir ja in unserem deutschen Vaterlande für unsere Entschlüsse noch in so vielen Hinsichten zu rechnen haben — aber, wo so viel Herlichkeit der Einladung mit soviel Wunsch, ihr zu folgen, zusammenstieß, da stand sieghaft, wie ich wohl sagen darf, für den Reichsrat der Gedanke der Ausführung dieser Reise und ihrer Ausführung noch in diesem Sommer fest.

Und so ist denn die Freude, die Sie, Herr Staatspräsident, soeben namens des Landes in so angenehmen Worten über den nunmehrigen Besuch des Reichsrates zum Ausdruck brachten, nicht minder auch die eigene Freude des Reichsrates, sie wird, wie ich hinzufügen möchte, noch dadurch erhöht, daß nunmehr der Besuch in eine Zeit fällt, wo entgegen der Lage vor Monaten in einem Punkte, nämlich der Befreiung der deutschen Gebiete, inzwischen Erfolge erzielt worden sind, die das ganze deutsche Volk freudig bewegen sollen.

Noch in einem weiteren begegnen sich unsere Gedanken auf ganzer Linie, das ist die Einschätzung der Bedeutung dieser Reise. Was ich schon einmal bei ähnlichem Anlaß aussprach, darf ich wiederholen, nämlich, daß es die Überzeugung des Reichsrates ist, mit den Informationsreisen, wie sie im letzten Jahre in verschiedene Teile des Reiches führten und nun in dieser Woche in das Land Baden und anschließend in die bayerische Pfalz führen sollen, sich und seinen Aufgaben in wertvollster Weise zu dienen. Es würde dem Reichsrat gerade in seiner heutigen, nahezu alle Berufskreise umfassenden Zusammensetzung schwerlich befriedigen, sollte er seinen vielseitigen Aufgaben der Mitwirkung an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches nur im Beratungszimmer daheim in Berlin genügen. Sondern ganz im Sinne des Wortes „Grau ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum“, ist es ihm ein Bedürfnis, bei sich bietendem Anlaß hinauszuweichen, persönlich Einblick zu gewinnen in das, was den Kern von Kultur, Wirtschaft und Verkehr in den einzelnen Teilen des Reiches ausmacht, und sich so lebensfrische Grundlagen seiner Wirksamkeit zu erhalten, eine Wirksamkeit, für die das Weiteren von nicht zu unterschätzender Bedeutung ein möglichst gutes

Sich-Kennen und -Verstehen der Vertreter der Länder von Berlin zu Berlin

ist. Um des beides, kurz also die unmittelbare Unterrichtung über die lebenswichtigen Verhältnisse und Bedürfnisse in den einzelnen Ländern und die Vertiefung der persönlichen Beziehungen, ist es dem Reichsrat bei seinen Reisen, und so auch bei dieser Reise in den Süden des Reiches zu tun. Und wie wichtig dies alles gerade in der Jetztzeit ist, wo so viel für die Neugestaltung der Dinge im Reiche in Fluss ist, wo weiter auch die Auswirkungen des Friedensvertrages immer wieder, namentlich in den Grenzgebieten, Fragen von großer und größter Bedeutung auslösen, das wird in diesem Kreise weiterer Erläuterung nicht bedürfen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhange noch ein weiteres kurz berühren. Der Reichsrat als die verfassungsmäßige Gesamtvertretung der deutschen Länder hat es in den nunmehr 10 Jahren seines Bestehens nicht so leicht gehabt, sich durchzusetzen. Seinem Vorgänger im alten Reich, dem Bundesrat, war das als eine Folge der derzeitigen Machtverteilung leichter gemacht. So gewichtig das ist, so darf der Reichsrat aber doch wohl in Anspruch nehmen, daß es ihm gelingen ist, im Lauf dieser Jahre mehr und mehr in der öffentlichen Meinung Boden zu gewinnen und sich eine auf Achtung und Vertrauen weiter Kreise des Volkes gegründete Stellung zu erringen, dies dank seinem rein auf sachliche Arbeit gerichteten Streben und dank seiner Gesamteinstellung, die ihren Leitern ebenso in nachdrücklicher Wahrung der Länderinteressen erblickt, wie in der überzeugten und hingebungsvollen Förderung des Reichswohls. Wir dürfen nach den ganzen Umständen, wie die Einladung der badischen Staatsregierung an uns ergangen, und wie an ihr festgehalten ist, wohl annehmen, daß es dem Lande Baden darum zu tun gewesen ist, diesem, vom gutem Vertrauen der Öffentlichkeit getragenen Reichsrat bei sich im Lande zu haben.

Das macht uns die empfangene Einladung doppelt wertvoll. Wie wertvoll, das werden Sie daraus ersehen, daß der Reichsrat in einer noch nicht dagewesenen Zahl sich aufgemacht hat, dieser Einladung zu folgen, daß hierbei alle deutschen Länder sowie die große Mehrzahl der preussischen Provinzen vertreten sind, so daß sie ein wahres Spiegelbild des Reichsrates heute vor sich haben. Auch darf ich gewiß mit Recht noch auf das besondere Gepräge hinweisen, das unser Besuch empfängt durch die Teilnahme einer so großen Anzahl der Herren Ministerpräsidenten und Staatsminister der Länder sowie durch die Teilnahme der Herren Vertreter des Reiches, die auch seitens des Reichsrates herzlich in diesem Kreise zu begrüßen und im Besonderen an ihrer Spitze den uns ja seit langem nahestehenden und hochgeschätzten Herrn Staatssekretär des Reichsministeriums des Innern mir eine aufrichtige Freude ist.

Meine Herren! Dieser allseitigen hohen Einschätzung der Einladung entspricht auch das Maß unseres Dankes für Sie. Ich schäme mich glücklich, diesen Dank in aller Aufrichtigkeit und mit aller Wärme hiermit Ihnen, Herr Staatspräsident, sowie dem gesamten badischen Staatsministerium namens des Reichsrates abstellen zu dürfen, und bitte um die Erlaubnis, unseren Dank gleich an dieser Stelle noch auf eine Persönlichkeit auszuweiten, d. i. unser wertgeschätzter Kollege, der Herr badische Gesandte, von dem wir wissen, wie angelegentlich und erfolgreich er sich in allen Phasen für den Gedanken und die Ausführung dieser Reise eingesetzt gehabt hat. Als er die erste Note wegen der Reichsreise an mich richtete, sprach er die ungemein freundliche Bitte aus, der Reichsrat möchte sich zu einem recht langen und ausgiebigen Besuch des Landes entschließen. Nun, ich glaube, die klägliche Verneinung unseres Besuches schürt uns auch in diesem Punkte vor dem Vorwurf, zu sehr hinter den Wünschen Badens zurückgeblieben zu sein.

Meine verehrten Herren! Das Land Baden, dem nun heute und in den nächsten Tagen unser Besuch gilt, ist ein Land, das wirklich viel Preis und Ehre verdient.

Wir kommen zum ersten in ein schönes Land, das sich wahrlich gnädiger Fürsorge bei der Vergebung der landschaftlichen Schönheiten rühmen kann. Heute hier an diesem viel gerühmten See, der uns mit seinen schimmernden Fluten immer wieder entzückt, von dem ich neulich das hübsche Wort las: „Er ist hier Vater und Mutter aller Dinge“ und der erst kürzlich wieder der Ausgangspunkt einer weltbewegenden Großtat deutschen Könnens und deutschen Wagens war — heute hier in dieser Stadt, bei der sich die reizvolle Lage am See mit den Erinnerungen einer reichen historischen Vergangenheit vereinigt, um sie zu einem ganz besonderen Anziehungspunkt für In- und Ausland zu machen, ich sage, heute dies alles hier, so werden uns die nächsten Tage viele weitere Schönheiten dieses Landes offenbaren, die es in seltenem Maße und zu einem der gepriesensten deutschen Länder machen.

Und so begrüßen wir dieses schöne Land, grüßen mit ihm seine arbeitsame, frohe und lebensstarke Bevölkerung, und grüßen im besonderen die Bewohner der Grenzgebiete, die, wie wir wissen, auch hier infolge des Friedensvertrages vielerlei ernste Erörterungen des Daseins auf sich zu nehmen haben und sich unserer besonderen Sympathie versichert halten dürfen.

Und wir kommen zum zweiten in ein Land, das im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Deutschlands einen besonders geachteten Platz für sich in Anspruch nehmen darf. Der Herr Staatspräsident hat uns bereits ein Bild davon vorgezeichnet, es wäre vermessen von mir, dem Näheres hinzuzusetzen. Wir wissen, welche namhafte Bedeutung der badischen Land- und Forstwirtschaft zukommt, desgleichen dem geeigneten Weinbau des Landes; wir kennen aus unseren Beratungen daheim die vielseitigen industriellen Belange Badens und kennen ganz besonders das hohe kulturelle Leben des Landes, das in seinen beiden schönen und vielbesetzten Universitäten Freiburg und Heidelberg, auch in seiner Karlsruher Hochschule, hoch angesehene Mittelpunkte hat.

Und zum dritten in ein Land, das auch, politisch betrachtet, einen Namen von gutem Klang hat. Sie selbst, wie wohl gesagt werden darf, einer ruhigen politischen Entwicklung erfreuend, hat Baden es immer verstanden, am Leben des Reiches im besonderen Maße rühmendwerten Anteil zu nehmen. Ich denke aus meiner früheren Zeit immer noch mit Freude an die ausgezeichneten Männer von Baden zurück, die ehehem im Bundesrat zum Besten des Reiches wirkten, und daß Gleiches auch für die neuere Zeit zu gelten hat, ja, daß in dieser neueren Zeit Baden, wie wohl kein zweites Land, es gewesen ist, das immer wieder verantwortungsbereite Männer auf die Ministerposten des Reiches entsandt hat, ist in diesem Kreise bekannt genug.

Diesem Lande also, meine Herren, gilt unser Besuch — ein Besuch, den wir so auszuführen gedenken, daß das Land Baden, denke ich, die Überzeugung gewinnen wird, in uns Besucher von aller Aufmerksamkeit und von hohem Interesse für das Leben dieses Landes zu haben. Wir danken schon in dieser Stunde allen Herren des Landes, die die Mühe auf sich genommen haben, unser Studium des Landes durch Vorträge und in anderer Weise zu erleichtern, wir zweifeln nicht daran, die gewonnenen Eindrücke dieser Reise als eine wertvolle Bereicherung unserer Kenntnisse und Anschauungen mit heimzunehmen, und wir bringen die Bereitwilligkeit mit, so kann ich hinzufügen, soweit es not tut und an uns liegt, aus diesen Eindrücken auch Folgerungen zum Nutzen dieses Landes und der Allgemeinheit zu ziehen.

Meine Herren! Ich wäre versucht, noch weiteren Gedanken Raum zu geben, bin mir aber der Grenzen meines Auftrages bewußt und denke vor allem daran, daß noch nach mir manche Herren des Reichsrates zu Worte kommen wollen, um sich mit den Verhältnissen und Fragen, die im einzelnen an uns herangetragen, zu befassen und der Gastlichkeit dieses Landes zu danken. Deshalb möchte ich schließen.

Ich tue dies, indem ich Sie, Herr Staatspräsident, nochmals der aufrichtigen Freude des Reichsrates, nun hier zu sein, und seines wärmsten Dankes für alle die vielen Freundlichkeiten, die uns im Laufe dieser Reise zugebracht sind, und schon in diesen Stunden zuteil werden, versichern darf. Die hier zu Gast weilenden Herren des Reichsrates aber bitte ich, zum Ausdruck dieser, unserer Empfindungen die Gläser zu erheben und sie dem Wohle unserer gütigen Gastgeber zu weisen, indem wir rufen:

Das Land Baden, es lebe hoch!

Vortrag des Oberbürgermeisters Dr. Moerike

Dem Reichsrat bei seiner Besichtigungsfahrt durch Baden in der südlichsten Stadt des Landes den ersten Gruß einer Stadtverwaltung entbieten zu dürfen, ist mir eine hohe Ehre und Freude. Die Bevölkerung von Konstanz, dem Seckreis und dem Oberrheintal empfindet es umso dankbarer, daß der Reichsrat sich durch persönlichen Besuch über die Verhältnisse unserer Gegend unterrichten will, als hier vielfach die Meinung besteht, unsere vom Mittelpunkt des Reichs, wie übrigens auch von der Landeshauptstadt, so entfernte Grenzlage sei die Schuld daran, daß unsere besonderen Nöte öfters nicht richtig erkannt, gewürdigt und durch die begründete und notwendige Reichs- und Landeshilfe gemildert würden.

Konstanz und das Gebiet des Landeskommissars für die Kreise Konstanz, Villingen und Waldshut sind freilich nicht wie das übrige badische Land erst durch den Vertrag von Versailles Grenzland geworden. Die Gegend, in der Sie sich befinden, ist schon

seit Jahrhunderten Grenzland gegen die Schweiz.

Aber der unglückliche Ausgang des Krieges hat die Verhältnisse der Stadt und unseres Grenzlandes gegenüber der Vorkriegszeit gerade wegen der Grenzlage derart verschlechtert, daß nach unserer Überzeugung alle Maßnahmen, die zur Behebung der Grenzlandnot in Baden erhofft werden, auch uns hier zuteil werden müssen.

Die eigenartigen und schwierigen Verhältnisse der Stadt Konstanz im besonderen beruhen auf ihrer geographischen Lage. Wenn wir alljährlich Briefe bekommen, die nach Kon-

stanz in der Schweiz gerichtet sind, so zeigt dies zwar zunächst nur die mangelnde geographische Kenntnis der Absender, aber unbewußt liegt darin auch das Gefühl, daß ihrer geographischen Lage nach die Stadt Konstanz zur Schweiz gehört. Die Entwicklung der staatlichen Verhältnisse in den vergangenen Jahrhunderten hat die Stadt von ihrem natürlichen Hinterland, dem schweizerischen Kanton Thurgau, abgeschnitten.

In früheren Jahrhunderten war die Lage der Stadt eine andere. Als Römerplatz war Konstanz, vom Süden — von Italien — aus gesehen, ein Grenzort am Rhein und daher auf dessen linkem Ufer gegründet worden. Als jahrhundertelanger Sitz des großen alemannischen Bistums, das sich von der Wasserseite der Alpen bis weit hinein in das heutige Württemberg und Bayern erstreckte, lag Konstanz inmitten eines zusammengehörigen Gebiets und in den Jahrhunderten der nach Italien gerichteten staufischen Kaiserpolitik, als deren Grund heutige Geschichtsforscher wie Johannes Haller nicht mehr eine romantische Italienschwärmerei oder das Streben nach einer weltlichen Theokratie ansehen, sondern die wirtschaftliche Notwendigkeit, Anschluß an Venedig und damit an den Weltmarkt zu bekommen, in diesen Jahrhunderten lag die freie Reichsstadt Konstanz an der großen Handelsstraße, die über die Riffe Granbündens an den See und von da an den Oberrhein führte.

Die staatliche Entwicklung hat zur Selbständigmachung der Eigenossenschaft geführt, zu ihrem Auscheiden aus dem Verband des Deutschen Reiches. Auf dem Konstanzer Konzil von 1414 bis 1418 war der Stadt von König Sigismund die Landgrafschaft Thurgau überlassen worden. Es bestand die Möglichkeit für die Stadt, dadurch dauernd Anschluß an die Schweiz zu finden. Es würde hier zu weit führen, darzulegen, wie die Reichsstadt durch den habsburgischen König jedoch gezwungen wurde, in den schwäbischen Bund einzutreten und damit auf die Gegenseite der Schweiz zu kommen. Konstanz wurde in der Gegenreformation eine vorderösterreichische kleine Landstadt, im Jahre 1805 badiß, und hat damit eine politische Zugehörigkeit bekommen, die seiner natürlichen Lage nicht entspricht.

Dabei hat die Stadt Konstanz größeres Grundeigentum in der Schweiz behalten, auf dem sie sogar — eine staatsrechtliche Wertminderung — die Feldpolizei ausübt. Daß auch an der übrigen mehr des Oberheins durch Übergang an Schweizer Hoheitsgebiete über den Rhein, durch badißes Entfallen in diesem Schweizer Gebiet Schwierigkeiten bestehen, ist bekannt; Versuche, diese zu beseitigen durch Austausch von Gebieten zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich, haben bisher zu keinem Erfolg geführt, schon deswegen, weil die Verschiedenheit der beteiligten Schweizer Kantone eine Änderung erschwert.

Die politische Geschichte hat übrigens im Seckreis auch württembergische Gebiete in die Mitte des badißes Landes zurückgelassen. Diese Gebiete hemmen die Entwicklung und erschweren die Verwaltung unserer Nachbarstadt Sigmaringen, einer aufstrebenden Industriestadt. Die Stadt Sigmaringen macht hierzu die bittere Bemerkung: „man spricht von einer Vereinigung Badens und Württembergs, man spricht gar von den Vereinigten Staaten von Europa, bringt es aber nicht einmal fertig, die Landkarte hinsichtlich dieser kleinen Gebiete zu bereinigen.“

Auf die Zeiten wirtschaftlicher und kultureller Verödung der vorderösterreichischen Zeit folgte für Konstanz im 19. Jahrhundert ein Aufschwung. Es bekam seinen Anteil an der Einrichtung der Dampfschiffahrt für Personen und Güter auf dem Bodensee und an dem Ausbau des Eisenbahnnetzes. Es wurde Endpunkt der Schwarzwaldbahn, deren schöne und tüchtige Führung Sie auf Ihrer Fahrt hierher gesehen haben. Die Stadt machte Station der Schweizer Bundesbahn zu werden, die auf dem linken Ufer des Rheins und dem südl. Ufer des Sees entlang führt, und hat dafür goldliche Opfer gebracht. Sie beteiligte sich an dem Bau der Mittel-Thurgau-Bahn, einer schweizerischen Privatbahn, die Konstanz und die Orte des Kantons Thurgau verbindet und bis nach Wil im Kanton St. Gallen führt. Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt aber durch ihre geographische Lage auf dem linken Rheinufer und ihre politische Zugehörigkeit zum Deutschen Reich besonders schwieriger sind, und daß dieser Besondere durch Maßnahmen des Reichs Rechnung getragen werden müsse, wurde vom Reich dadurch anerkannt, daß man den Sitz einer Oberpostdirektion in die Stadt verlegte und sie zum Standort eines Infanterieregiments machte.

Es hat in der Stadt keine geringe Verödung hervorgerufen, als vor zwei Jahren im Rahmen des sog. Abbaus bei der Reichspost auch eine Aufhebung der Oberpostdirektion in Konstanz ins Auge gefaßt wurde. Für eine Stadt von der Größe von Konstanz mit 32 000 Einwohnern bedeutet das Auscheiden einer Verbraucherschaft von mehreren hundert Köpfen eine verhängnisvolle Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt. Es ist selbstverständlich, daß die Stadt sich gegen eine solche Absicht aufs äußerste wehren mußte. Sie konnte dies um so ausführlicher tun, als bei der eigenartigen Gestalt des Landes Baden auch gewichtige Gründe der Postverwaltung selber dem Streben nach Abbau der Stelle entgegenstehen. Die Abordnung des Stadtrats, die seinerzeit bei den maßgebenden Stellen in Berlin ihre ersten Vorstellungen erhob, ist nach den Erklärungen des Herrn Reichspostministers und einflussreicher Mitglieder des Reichsrats und Reichstags beauftragt hierher zurückgekommen. Aber wir werden auf der Gut sein müssen, falls doch wieder einmal ein solcher Schlag geplant werden sollte.

An dem wirtschaftlichen Aufschwung des Deutschen Reiches in der Vorkriegszeit hatte auch Konstanz seinen Anteil. Dabei war es dank der handelspolitischen Verhältnisse möglich, daß der Konstanzer Handel und das Konstanzer Handwerk seine Kunden auch in den benachbarten Schweizer Gemeinden und weit in den Thurgau hinein hatten. Konstanz ist ja, wie die Herren heute bei Ihrer Rundfahrt in der Konstanzer Bucht sehen konnten, mit den benachbarten Schweizer Gemeinden Kreuzlingen und Emsliboden mit ihren 8000 Einwohnern unmittelbar zusammengebaut.

Diesen Verhältnissen haben

Krieg und Nachkriegszeit

ein Ende bereitet. Mit Kriegsbeginn wurden über die Straßen, auf denen vorher Deutsche und Schweizer sich unbehindert bewegt hatten, Stachelbrüste gezogen. Die Geschäftsbeziehungen hörten vollständig auf. Der Zustand der gänzlichen Abschließung wurde auch in den Jahren nach dem Kriege aufrechterhalten. Nur allmählich entwickelten sich wieder Geschäftsbeziehungen, zum Teil sehr unerfreulicher Art wie in der Inflation als die Schweizer herauskamen, um die Konstanzer Geschäfte auszukäufen. Inzwischen hatten sich aber in den benachbarten Schweizer Gemeinden Schweizer Geschäftskreise niedergelassen, und die Folge war, daß heute der Thurgau als Abgabegbiet für Konstanz größtenteils endgültig verloren ist.

Der Schmuggel und das Schieberwesen, wie sie sich in solchen Zeiten besonders entwickeln, hatten dafür eine Reihe unerwünschter Zeitgenossen in unsere Stadt gebracht. Außer diesen liegen sich auch andere Personengruppen in unserer Stadt, die das nur mit Rücksicht auf die Grenzlage taten, so daß die Wohnungsnot in Konstanz eine gegenüber der allgemeinen Wohnungsnot noch besondere Verschärfung erfährt. Es waren

dies zunächst die sog. deutsch-schweizerischen Wehrmänner, d. h. Deutsche im wehrpflichtigen Alter, die vor dem Kriege in der Schweiz gewohnt hatten, und denen nunmehr nach dem Kriege die Rückkehr nicht mehr gestattet wurde. Sie blieben hier an der Grenze sitzen und ließen ihre Familien aus der Schweiz nachkommen. Auch Offiziere und Mannschaften der Grenztruppen, die während des Krieges hier gestanden hatten, behielten ihren Wohnsitz bei. Ausgewiesene aus dem Elsass ließen sich wie in anderen badißchen Orten so auch in Konstanz nieder. Personen, die es während des Krieges vorgezogen hatten, in der Schweiz zu wohnen statt dem Vaterland zu dienen, fanden nach Kriegsende und nach den politischen Wendungen die Möglichkeit, wieder nach Deutschland zu kommen und blieben ebenfalls vielfach an der Grenze hängen.

So hat sich in Konstanz

eine besondere Wohnungsnot

gebildet, und die Stadt war gezwungen, für den Wohnungsbedarf Mittel aufzubringen, die ihre finanzielle Kraft sehr in Anspruch genommen haben. Die ausreichende Beschaffung von Wohnungen für die Bevölkerung war dadurch noch erschwert, daß Konstanz den Stab eines Regiments und ein Bataillon des Reichsheeres erhielt. So wenig wir neben ideellen Gesichtspunkten auch die wirtschaftlichen Vorteile erkennen, die die Anwesenheit einer Truppe für die Bevölkerung mit sich bringt, so bedrückt doch eine Garnison für eine Stadt heute eine außerordentliche Verschärfung der Wohnungsnot. Infolge der langen Dienstzeit sind die Soldaten ja viel geräumiger untergebracht, so daß dadurch neben anderen Gründen ein viel größerer Raumbedarf für die Truppe besteht. Dazu kommt, daß zahlreiche Angehörige des Reichsheeres verheiratet sind und die Familienwohnungen brauchen, und daß alljährlich eine Anzahl Reichsheerangehöriger infolge Ablaufs ihrer Dienstzeit auscheiden. Diese auscheidenden Heeresangehörigen soll nun die Stadt in bürgerlichen Wohnungen unterbringen. Doch das bedeutet die Anschaffung eines Danaerentafels, denn selbst wenn die Stadt in der Lage wäre, sämtlichen in einem Jahr auscheidenden Heeresangehörigen Wohnungen zu verschaffen, so wären ein Jahr später wieder genau so viel neue Wohnungsuchende vorhanden.

Die Forderung der Truppe, daß die heereseigenen Gebäude von Personen geräumt werden müssen, die der Reichswehr nicht oder nicht mehr angehören, westlich wie durchaus, aber ohne besondere Reichsmittel ist eine Stadt unmöglich in der Lage, diese Forderung zu erfüllen. Das Reich muß dafür besondere Mittel bereitstellen, und die Stadt Konstanz hat deswegen eine Entschädigung angefordert, die der Reichstag in seiner Sitzung vom 16. Juni d. J. angenommen hat. Die Reichsregierung wird danach ersucht, im Rahmen der durch die Finanzlage des Reichs gezogenen Grenzen besondere Mittel bereitzustellen zur Beschaffung von Wohnungen für auscheidende Wehrmachtangehörige, die Wohnungen in reichseigenen Gebäuden inne hatten. Leider ist uns vom Herrn Reichswehrminister auf unsere Anfrage mitgeteilt worden, daß beim Reichswehrministerium noch nicht übersehen werden könne, in welcher Weise der Entschädigung des Reichstags entsprochen wird, da hierzu nach eingehenden Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister erforderlich seien. Im laufenden Rechnungsjahr werde auf Bereitstellung von Mitteln für diesen Zweck vorwiegend nicht zu rechnen sein. Wir hoffen dringend, daß solche Mittel, sei es in Form von namhaften Zuschüssen oder mindestens von sehr billigen Darlehen, baldigst bereitgestellt werden, weil wir ebenso wie die anderen Truppenstandorte sonst unangenehm den berechtigten Forderungen der Heeresverwaltung Rechnung tragen können.

Das Anwesen von zahlreichen Menschen an der Grenze, die auf die Dauer doch keine feste Arbeit fanden, hatte in Verbindung mit der gleichzeitigen Aufhebung des Unterstützungswohnsitzgesetzes die Folge, daß hier an der Grenze

besonders hohe Armen- und Fürsorgekosten

entstanden sind. Um welche Mehrbelastungen unserer Grenzgebiete es sich handelt, möge aus folgenden Zahlen entnommen werden: Die Aufwendungen des Kreises Moosach, der eine ähnliche Größe und eine wirtschaftlich ähnlich zusammengelegte Bevölkerung hat wie der Kreis Konstanz, betragen für das Landarmenwesen jährlich 35 000 RM, die des Kreises Konstanz 200 000 RM. Auch der Kreis Mannheim mit seinem wesentlich höheren Steuerkapital hatte in derselben Zeit nur 80 000 Reichsmark für das Landarmenwesen ausgegeben. Die Wiedereinführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes, dessen Wegfall die großen Städte in einer nicht nur finanziell unerwünschten Weise belastet hat, würde diese Mithilfe wenigstens zu einem Teil wieder beseitigen. Daneben freilich, und es ist zu einer Gesetzesänderung kommt, müssen aus Reichs- und Landesmitteln solche auf die Dauer für die schwächeren Kreise untragbaren Lasten erleichtert werden. Daß dem vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus unerwünschten Grenzarmenwesen arbeitsloser Menschen in die Städte nachdrücklich nur durch Schaffung von Arbeitsplätzen vorgebeugt werden kann, ist wohl nach dem erfolgreichen Vorgehen Württembergs und anderer Länder auch in Baden jetzt von immer weiteren Kreisen eingesehen worden. Und es ist nur dringend zu wünschen, daß das badißes Gesetz zur Schaffung dieser Arbeitsplätze nicht mehr lange auf sich warten läßt. In einer Zeit, in der die Fürsorgekosten beschränkt sind, ist es noch mehr wie sonst Pflicht, diese Mittel nur den wirklich Bedürftigen und unversorgten Arbeitslosen zuzuführen zu lassen.

Der erwähnte Verlust des schweizerischen Hinterlandes für unsere Geschäftswelt mußte auf irgendeine Weise wieder ausgeglichen werden. Es ist bekannt, daß die Stadt Konstanz, das in die Wege geleitet hat durch die Einrichtung einer

Fährverbindung zwischen Konstanz und Meersburg

Der Gedanke dieser Fährverbindung kam zwar zunächst von Seiten der Personentransportverkehre und aus Kreisen des hiesigen Verkehrs-ausschusses an die Stadt heran: Man sollte dem Reiseverkehr der Personentransportverkehre den 65 Kilometer langen Umweg um den Überlinger See ersparen durch die nur 4 Kilometer lange Fährverbindung, und dadurch den hiesigen Fremdenverkehr fördern. Aber bei näherer Prüfung dieses Gedankens kam die Stadterhaltung zu der Überzeugung, daß diese Fährverbindung auch die wirksamste Mittel sein könne, wirtschaftliche Beziehungen zwischen dem Konstanzer Handel und Handwerk und dem jenseitigen Ufer des Bodensees hauptsächlich mit dem badißchen Ringgau zu knüpfen und andererseits für die Zufuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus jenen Gegenden nach Konstanz den Weg zu ebnen.

Wir geben den Gedanken der Fährverbindung weiter in der Annahme, daß sie dieses Unternehen als Ergänzung des Dampfschiffverkehrs auf dem Bodensee am liebsten selbst betreiben will. Die Reichsbahn lehnte jedoch die Ausführung des Vorschlags ab, da sie sich keinen Gewinn aus dem Unternehen versprach. Da nun die Reichsbahn uns auch die Benutzung ihrer Häfen in Konstanz und Meersburg zur Anlegung von Landstellen für die Fährverbindung gestatten zu können, war die Stadt Konstanz gezwungen, zwei vollständig neue Häfen für die Fährverbindung zu bauen, wodurch ihr zusammen mit den Kosten des Fährschiffs selbst ein Aufwand von über 1/2 Millionen Reichsmark entstand. Wir hoffen nun, für dieses Unternehen, das zu einem großen Teil ja auch der Beförderung des Verkehrs zwischen Deutschland und der Schweiz zu dienen bestimmt war, billiges Auslandsgeld aufnehmen zu können. Wir haben also die Reichsberatungsstelle für Auslandskredite, um Genehmigung zur Aufnahme einer

Anleihe bei einer Schweizer Bank, von der wir ein Anleihen zu günstigen Bedingungen zugefaßt erhalten hatten.

Wir legen dar, daß zwischen der Stadt Konstanz und der benachbarten Schweiz seit jeher vielfache wirtschaftliche Beziehungen bestanden, die eine Verwirklichung dieses Falles nach dem allgemeinen Schema jedenfalls nicht wünschenswert. Die Stadt Konstanz kehrt im Wege der Fährverbindung an 18 Schweizer Gemeinden Gas aus ihrem Gaswerk, sie bezieht andererseits den Hauptteil ihres Stromes von den nordostschweizerischen Kraftwerken, sie betreibt gemeinsam mit der schweizerischen Dampfschiffgesellschaft für den Untersee und Rhein die Schifffahrt auf dem Untersee, die städtischen Omnibusse verkehren bis in die Mitte der angrenzenden Schweizer Gemeinden, die städtischen Motorboote fahren Schweizer Stationen der Konstanzer Bucht und des Untersees an. Die Stadt Konstanz hat mit den Filialen der Schweizer Großbanken im benachbarten Kreuzlingen schon wegen der dort eingehenden Bankengeschäften für den Schweizer Gasbezug laufenden Bankverkehr. Trotz all dieser Gesichtspunkte hat die Beratungsstelle die Aufnahme eines Auslandsanlehens für die Kraftwagenfähre als für eine nicht verbundene Anlage abgelehnt. Die Folge war die, daß die Stadt Konstanz 2 Prozent Zins mehr im Jahre aufwenden muß. Bei aller Anerkennung des Grundgedankes der Beratungsstelle, der auf möglichst Zurechtweisung in der Aufnahme ausländischer Anleihen geht, hat man hier in Konstanz doch nicht verstanden, daß in Berlin die eigenartigen Konstanzer Verhältnisse und die Verflechtung gerade seiner Gemeindefinanzkraft mit der Schweiz nicht anschlagngebend gewürdigt wurden.

Inzwischen hat übrigens der Fährbetrieb sich noch besser entwickelt, als die kühnsten Optimisten erwartet hatten, so daß er in des Wortes enger Bedeutung ein wachsender Betrieb geworden ist und wir hoffen dürfen, daß der bisherige Aufwand sowie der für ein zweites Fährschiff erforderliche von 400 000 RM im Wege eines Auslandsanlehens aufgenommen werden darf, sobald die Beratungsstelle überhaupt wieder solche Genehmigungen gibt. Wir sind überzeugt, daß die badißes Regierung, wie schon das letztmal, so auch dann uns wieder kräftig unterstützen wird, und diesesmal hoffentlich mit Erfolg.

Wir hatten gehofft, zu dem Fährunternehen auch einen namhaften Zuschuß des badißes Landes zu bekommen. Wir haben dargelegt, daß die Fährverbindung als schwimmende Brücke oder als Ersatz einer Landstraße anzusehen sei, die bei Nichtvorhandensein des Bodensees zweifellos von hier nach Meersburg und in den Ringgau führen würde, und deren Anlage und Unterhaltung Sache des Landes wären. Leider ist auch diese Hoffnung bisher nicht erfüllt worden, weil das Land sich bei seiner gespannten Finanzlage damit begnügen mußte, uns 100 000 RM Darlehen zu 1 Prozent über Reichsbankdiskont zu geben. Wir hegen die Hoffnung, und möchten diese Bitte der Regierung auch heute vorzutragen uns erlauben, es möchte von einer Rückzahlung dieses Darlehens Abstand genommen werden. In keiner anderen badißes Stadt liegen die Verhältnisse so ungünstig, daß auf der einen Seite das Ausland und auf der anderen Seite ein See liegt und dadurch für den Verkehr der Stadt außergewöhnliche Aufwendungen nötig sind.

Im Seckreis ist überhaupt das Landstraßenwesen im Verhältnis zu anderen Landteilen fast zurückgeblieben. Der Kreis Konstanz ist bemüht, die Umwandlung von Kreisstraßen und Kreiswegen in Landstraßen und damit in die Hauptstraßen des Staates zu erreichen. Es ist zu hoffen, daß die wohlwollende Stellungnahme der Regierung bald zu sichtbaren Erfolgen führen wird.

Nur vor Ihrer Einfahrt, meine sehr verehrten Herren, haben Sie gesehen, daß die Stadt Konstanz nur durch eine einzige Rheinbrücke mit dem übrigen Deutschland verbunden

ist. Diese Brücke, zugleich Eisenbahn- und Straßenbrücke, vermag den gesteigerten Verkehr nicht mehr zu bewältigen. Da die Brücke im Zug einer Landstraße liegt und neben dem örtlichen vor allem auch den Durchgangsverkehr aufzunehmen hat, halten wir das Land für verpflichtet, an den Kosten einer Verbesserung mitzutragen, und daß wir der Ansicht sind, daß auch das Reich uns bei der Verbesserung der Brückenverhältnisse mitteilen müsse, werden Sie verstehen, nach den Darlegungen, die ich über die einzigartige Lage der Stadt Konstanz zum übrigen Reichsgebiet gemacht habe. Die Verbesserung liegt nicht im Bau einer zweiten Brücke einige hundert Meter unterhalb, weil die heutige Rheinbrücke im Zug des Durchgangsverkehrs liegt. Die Verbesserung muß daher erfolgen durch Verbreiterung der jetzigen Rheinbrücke. Wir haben auf dem Standpunkt, daß eine Drittelung der Kosten zwischen Reich, Land und Stadt gerecht und billig wäre. Es würde dann jeder der drei Kostenträger etwa 1/3 Million aufzubringen haben. Sobald die Pläne, die sich zur Zeit in Arbeit befinden, spruchreif sind, werden wir mit entsprechendem Anträgen an Reich und Land herantreten, und wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir die hier anwesenden Herren von der Gerechtigkeit unseres Standpunktes überzeugt haben und in ihnen dann unwiderstehlich unseres Gesuch finden werden.

Im Gebiet des Landeskommissarbezirks harret noch eine andere Brückenfrage der Erledigung. Der Bau einer Brücke zwischen Waldshut und dem schweizerischen Koblenz ist schon vor dem Krieg als notwendig anerkannt worden, und sollte nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Eine ideale Lösung würde die Brückenfrage in Konstanz freilich erst dann finden, wenn die Bahn wegerlegt würde.

Die Verbesserung der Bahnverhältnisse

ist schon vor dem Krieg von der Bahnverwaltung als notwendig-erkannt worden. Schon vor 30 Jahren plante die damalige Generaldirektion der badißes Staatseisenbahnen die Verlegung der Güter- und Verschubanlagen nach dem württembergischen Stadtteil Petershausen, um den Bahnhof zu entlasten. Der badißes Landtag hat sich in dem Jahrzehnt vor dem Krieg wiederholt ausdrücklich für die Wünsche der Stadt Konstanz eingesetzt, die auch auf eine Umgestaltung des Personenbahnhofs gingen. Die zahlreichen schienengleichen Übergänge an den verkehrsreichsten Stellen der Stadt bilden dauernde Gefahren für den Verkehr, an deren Beseitigung auch die Reichsbahn selbst ein Interesse hat. Der badißes Landtag hatte im Jahre 1914 bereits 2 Millionen Mark bewilligt als erste Rate für die Verlegung des Güterbahnhofs. Der Krieg hat die Ausführung verhindert. Wir haben nun die Frage wieder aufgegriffen und durch einen Eisenbahnsachmann einen Plan für eine Umgestaltung der Bahnanlagen ausarbeiten lassen. Die Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß es unmöglich ist, den Personenbahnhof an der jetzigen Stelle so auszubauen, daß er für absehbare Zeit den Bedürfnissen der Eisenbahnverwaltung und den Wünschen der Bevölkerung genügt. Dazu ist der Raum zu beengt. Jede Erweiterung würde entweder nach dem Schweizer Gebiet oder nach dem See hin erfolgen. Das erste ist aus politischen Gründen, das zweite aus landwirtschaftlichen Gründen und wegen der hohen Kosten unerwünscht. Dazu kommt, daß der Personenbahnhof während des Betriebs im beengten Raum umgebaut werden müßte, was sehr große Schwierigkeiten und Aufwendungen bedingt, die zu dem erzielten Gewinn in keinem Verhältnis stehen. Die von der Stadt veranlaßte Denkschrift sieht daher in Ihren beiden Lösungen nicht nur eine Verlegung der Bahnanlagen auf eine am Westende der Stadt zu erbauende neue Eisenbahnbrücke vor, sondern auch eine Verlegung des Personenbahnhofs selbst.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)